

Gefördert durch:



aufgrund eines Beschlusses
des Deutschen Bundestages



beim Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung

Agrarpolitischer Bericht

APD/APB/04/2017

Deregulierungspotential im Agrarsektor der Ukraine: Eine bottom-up-Analyse aus der Perspektive der Farmbetriebe

Oleksandr Donchenko,
Ukrainischer Agribusiness Club (UCAB)

Mariia Bogonos,
Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)

Kiew, Mai 2017

Über das Projekt „Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD)“

Das Projekt Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog (APD) wird vom Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) seit 2006 zunächst bis 2018 gefördert und in dessen Auftrag über den Mandatar GFA Consulting Group GmbH sowie eine Arbeitsgemeinschaft bestehend aus IAK AGRAR CONSULTING GmbH (IAK), Leibniz-Institut für Agrarentwicklung in Transformationsökonomien (IAMO) und AFC Consultants International GmbH durchgeführt. Projektträger ist das Institut für Wirtschaftsforschung und Politikberatung in Kiew. Der APD kooperiert mit der BVVG Bodenverwertungs- und -verwaltungs GmbH bei der Umsetzung wichtiger Komponenten zur Entwicklung einer effektiven und transparenten Bodenverwaltung in der Ukraine. Benefiziar ist das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine.

In Übereinstimmung mit marktwirtschaftlichen und ordnungspolitischen Grundsätzen und unter Berücksichtigung der sich aus dem EU-Ukraine-Assoziierungsabkommen ergebenden Entwicklungspotentiale soll das Projekt die Ukraine bei der Entwicklung einer nachhaltigen Landwirtschaft, einer effektiven Verarbeitungsindustrie und bei der Steigerung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit unterstützen. Dazu sollen vor allem deutsche, hier u.a. ostdeutsche, aber auch internationale, insbesondere EU-Erfahrungen bei der Gestaltung agrarpolitischer Rahmenbedingungen sowie bei der Organisation von entsprechenden Institutionen bereitgestellt werden.



www.apd-ukraine.de

Autor

Oleksandr Donchenko

donchenko@ucab.ua

Mariia Bogonos

bogonos@apd-ukraine.de

Inhaltsverzeichnis

Abkürzungsverzeichnis	4
Tabellenverzeichnis	5
Zusammenfassung	6
1. Einführung	8
2. Forschungsmethoden	8
2.1. Merkmale der Stichprobe für die erste Befragungsrunde	9
2.2. Zweite Befragungsrunde: Sampling und technische Umsetzung	10
2.3. Beschreibung des Fragebogens	11
3. Beschreibung der ausgewählten Regulierungsmaßnahmen	14
4. Ergebnisse	18
4.1. Ergebnisse der ersten Befragungsrunde	18
4.2. Ergebnisse der zweiten Befragungsrunde	24
4.2.1. Antworten zu "Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare"	25
4.2.2. Antworten zu "Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln"	25
4.2.3. Einschätzung weiterer Regulierungsmaßnahmen	26
4.3. Zusammenfassung der Ergebnisse	26
4.4. Abschließende Bemerkungen	28
5. Deregulierungsvorschläge	28
Anhang	31

Abkürzungsverzeichnis

%	Prozent
ADFZ	Agrardemonstrations- und –fortbildungszentrum (in Doslidnyts'ke)
APD	Deutsch-Ukrainischer Agrarpolitischer Dialog
bzw.	beziehungsweise
d.h.	das heißt
DCFTA	Vertiefte und umfassende Freihandelszone (Deep and Comprehensive Free Trade Agreement) zwischen der EU und der Ukraine
EU	Europäische Union
EUR	Euro (Währung)
ha	Hektar
MAPE	Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine
min.	Minute(n)
Nr.	Nummer
rd.	rund (circa)
s.	siehe
SDK	Staatlicher Dienst für Geodäsie, Kartographie und Kataster
SDSU	Staatliche Dienst für Statistik der Ukraine
Strategie	Strategie für die Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Gebiete in 2015-2020 des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine
Tsd.	Tausend
u.a.	unter anderem
UAH	Ukrainische Hrywnja (Währung)
UCAB	Ukrainian Agribusiness Club
usw.	und so weiter
WLW	Gesamtwertschöpfung in der Landwirtschaft
z.B.	zum Beispiel

Tabellenverzeichnis

Tabelle 2.1: Anzahl der Agrarunternehmen in der Stichprobe

Tabelle 2.2: Stichprobenmerkmale der zweiten Befragungsrunde

Tabelle 2.3: Fragebogen der beiden Befragungsrunden

Tabelle 4.1: Anteile der positiven und negativen Antworten aller Befragten

Tabelle 4.2: Anteile der positiven und negativen Antworten, disaggregiert nach Region

Tabelle 4.3: Anteile der positiven und negativen Antworten, disaggregiert nach
Flächengröße

Tabelle 4.4: Anteile der positiven und negativen Antworten, disaggregiert nach
Betriebsspezialisierung

Tabelle A.1: Ergebnisse der ersten Befragungsrunde

Zusammenfassung

Ukrainische Landwirte weisen auf die Notwendigkeit einer weiteren Deregulierung der Rahmenbedingungen auf betrieblicher Ebene im Agrarindustriekomplex (AIK) hin. Gemeinsam mit dem Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialog (APD) hat der Ukrainische Agribusiness Club (UCAB) eine Befragung zur Ermittlung der Wirksamkeit und Rationalität bestehender Regulative auf Betriebsebene im Agrarbereich durchgeführt. In der Befragung hatten Landwirte die Gelegenheit sich über die hemmende Wirkung einiger Gesetze und Verordnungen in der betrieblichen Entwicklung zu äußern.

Im Rahmen der Implementierung des EU-Ukraine Assoziierungsabkommens und der Strategie „Entwicklung der Landwirtschaft und der ländlichen Räume in der Ukraine 2015-2020“ durch das Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine (MAPE), befindet sich die Landwirtschaft der Ukraine gegenwärtig auf einem umfassenden Reformkurs. Dieser Reformkurs wird jedoch durch einige Regulative in der Agrargesetzgebung behindert, welche teilweise aus den Zeiten der Planwirtschaft stammen und die Landwirtschaftsbetriebe in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung beeinträchtigt.

Zur Feststellung wenig wirksamer bzw. auch irrationaler Normen in der geltenden Gesetzgebung wurde eine Befragung von Landwirten in der Ukraine durchgeführt. Daran beteiligten sich Betriebe der Pflanzen- (mit Betriebsgrößen von 400 bis 5.000 ha) und Tierproduktion aus der gesamten Ukraine. Der Fragebogen beinhaltete zehn Fragen zur Deregulierung. Weiterhin bestand auch die Möglichkeit, die eigene Position zu begründen, weitere Verbesserungen vorzuschlagen und Information über die damit verbundene Senkung der Verwaltungskosten der Unternehmen anzugeben.

Im Ergebnis der Befragung wurden Regulative identifiziert, welche, nach Meinung der Landwirte, hinsichtlich einer modernen Landwirtschaft verbessert werden sollten. Seitens der befragten Agrarproduzenten wurden folgende Regulative am meisten kritisiert: (i) Preisregulierung für landwirtschaftliche Produkte (50% der Befragten), (ii) Registrierung von Pachtverträgen für landwirtschaftlichen Flächen (34% der Befragten), (iii) die Bereitstellung doppelter statistischer Informationen für staatliche Organe (u.a. für das Staatliche Statistikamt, das MAPE sowie das Staatliches Amt für Geodäsie, Kartografie und Kataster, 50% der Befragten) sowie (iii) Anforderung an die tägliche Genehmigungspflicht zur Teilnahme von landwirtschaftlichen Maschinen und deren Arbeitswerkzeugen mit Überbreite am Straßenverkehr (40% der Befragten).

Aus den Analyseergebnissen kann u.a. geschlossen werden, dass eine Mehrheit der Landwirte eine Anpassung an moderne, effektive staatliche Regulative unter Berücksichtigung gesamtgesellschaftlicher Anforderungen, z.B. in der sozialen Entwicklung und im Umweltschutz, unterstützt. Spezifische Regulative, die in besonderem Maße korruptionsanfällig sein können, sollten so weit wie möglich abgeschafft bzw. in geeigneter Form, z.B. durch die Anwendung von IT Bearbeitungsverfahren, transparent gemacht werden.

Dementsprechend wurden Empfehlungen für das MAPE zur Verbesserung der Gesetzgebung auf Betriebsebene erarbeitet. Darin wurden folgende wichtige Deregulierungsinstrumente vorgeschlagen: (i) Einführung des Deklarationsprinzips zur Überprüfung der Einhaltung von Normen, (ii) Dezentralisierung von staatlichen Aufgaben mit lokalem Bezug an regionale Verwaltungen sowie (iii) Outsourcing von Verwaltungsdienstleistungen an nichtstaatliche Unternehmen bzw. Organisationen. Unter anderem wird für den Transport mit Überbreite, statt einer täglichen Information, die Einführung einer online Deklaration über die Anzahl der eingesetzten Maschinen

und ihrer Bewegungsgebiete vorgeschlagen. Eine derartige Vorgehensweise würde zu einer wesentlichen Reduzierung des Korruptionsanreizes der verantwortlichen Verwaltungsbeamten führen und die spezifischen Verwaltungskosten der Unternehmen senken.

Für die Verbesserung der Agrarstatistik wird die Errichtung eines online Portals zur Eingabe aller Pflichtberichte in einem einheitlichen elektronischen Format vorgeschlagen. Dadurch müssten Unternehmer weniger Zeit für die statistische Berichtserstattung aufbringen, andererseits erhalten staatliche Institutionen ein geeigneteres Zugriffs- und Verwaltungsinstrument für statistische Daten. Zur Beschleunigung der Registrierung von Pachtverträgen wird die Einführung eines einheitlichen online Portals für die selbstständige Registrierung der Pachtverträge vorgeschlagen.

Die vorliegende Studie signalisiert dem MAPE und dem Gesetzgeber den dringenden Bedarf, veraltete, ineffektive Regulative abzuschaffen. Begrüßenswert wäre die Kopplung von Regulativen mit gesamtgesellschaftlichen Anforderungen an staatliche Fördermaßnahmen nach dem Vorbild der EU.

1. Einführung

Nach dem Abkommen über die „Vertiefte und umfassende Freihandelszone zwischen der EU und der Ukraine (DCFTA)“ und der „Strategie für die Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Gebiete in 2015-2020“ (Strategie) des Ministeriums für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine (MAPE) befindet sich der Agrarsektor der Ukraine in einem umfassenden Reformprozess. Mit der Reform wird vor allem die Entwicklung der wirtschaftlichen und sozialen Infrastruktur des Agrarsektors, die Erhöhung seiner Wettbewerbsfähigkeit auf den Weltmärkten, die Verbesserung der Qualität der Agrarerzeugnisse sowie die Unterstützung der nachhaltigen Nutzung von Naturschätzen beabsichtigt.

Eines der wichtigsten Aspekte, welcher durch die Reform betroffen ist, ist eine übermäßige Regulierung der Produktionsaktivitäten auf der Ebene der Farmbetriebe¹. Durch eine Reihe von Gesetzen und Regelungen, welche zum großen Teil noch aus der Zeit der Sowjetunion stammen, steigen die Transaktionskosten durch unnötige Unterbrechungen der täglichen Arbeit an und widersprechen somit dem eigentlichen Zweck der Gesetzgebung: einer kompetenten und angemessenen landwirtschaftlichen Praxis. Diese These wurde auch durch Ergebnisse eines Pilotprojektes des Deutsch-Ukrainischen Agrarpolitischen Dialogs (APD), d.h. durch eine mündliche Befragung der Agrarproduzenten, sowie durch eine Studie der Weltbank zu Hindernissen und Transaktionskosten u.a. in der Agrarwirtschaft der Ukraine bestätigt².

Da der Regulierungsrahmen wesentliche Auswirkungen auf die Effizienz und damit auf die Wettbewerbsfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe hat, beschäftigt sich die Studie mit folgenden Zielen:

- 1) der Identifizierung von einschränkenden Regulierungsmaßnahmen und
- 2) der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen zum Regulierungsrahmen im Agrarsektor der Ukraine.

Im 2. und 3. Abschnitt werden die Forschungsmethoden und die für die Befragung ausgewählten Regulierungsmaßnahmen beschrieben. Der 4. Abschnitt enthält die Ergebnisse der Befragung. Im 5. Abschnitt werden Vorschläge zur Verbesserung des Regulierungsrahmens dargestellt.

2. Forschungsmethoden

Für die Studie wurden zunächst Landwirte befragt und ihre Antworten analysiert. Da die Regulierungsmaßnahmen in Hauswirtschaften und kleinen Farmbetrieben überwiegend keine Anwendung finden (nicht gilt und/oder diese Betriebstypen darüber keine Kenntnis besitzen), sind diese Betriebstypen nicht Bestandteil der Befragung.

Die Landwirte wurden, hinsichtlich der Regulierungsmaßnahmen auf Betriebsebene, nach ihrer Meinung befragt. Der erarbeitete Fragebogen beinhaltete zehn Fragen zu bereits vorgegebenen Regulierungsmaßnahmen, worin sich die Befragten zu weiteren einschränkenden Regulierungsmaßnahmen äußern konnten. Die Befragten hatten die Möglichkeit ihren Standpunkt zu erklä-

¹ MAPE 2015: Strategie für die Landwirtschaft und die Entwicklung der ländlichen Gebiete in 2015-2020, [p://minagro.gov.ua/en/system/files/Single%20and%20Comprehensive%20Strategy%20and%20Action%20Plan%20for%20agriculture%20and%20rural%20development%202015-2020.pdf](http://minagro.gov.ua/en/system/files/Single%20and%20Comprehensive%20Strategy%20and%20Action%20Plan%20for%20agriculture%20and%20rural%20development%202015-2020.pdf)

² In der Studie wurden die Regulierungsmaßnahmen bei Fragen des Saatgutes, des Pflanzenschutzes und Düngungsmaßnahmen, der Technik usw. berücksichtigt (World Bank (2016): Enabling the Business of Agriculture 2016: Comparing regulatory good practices, <http://eba.worldbank.org/>)

ren, Empfehlungen zu Verbesserungen zu erteilen und die durch ineffiziente Maßnahmen verursachten betrieblichen Kosten anzugeben.

Die Erhebung wurde in zwei Befragungsrunden durchgeführt. In der ersten Befragungsrunde waren Telefoninterviews vorgesehen. Jedes Telefoninterview hat insgesamt 15 min. in Anspruch genommen. In der zweiten Befragungsrunde wurden mehrere stichprobenartige persönliche Telefoninterviews, mit einer Dauer von 15 - 45 min., zur Erhebung von ausführlichen Meinungen zu Regulierungsmaßnahmen, durchgeführt.

2.1. Merkmale der Stichprobe für die erste Befragungsrunde

Rund 216 Personen wurden in der ersten Befragungsrunde befragt. Für ein repräsentatives Stichprobendesign erfolgte die Auswahl der Befragten mithilfe von drei Kriterien: nach Region, nach Flächengröße und nach Betriebsspezialisierung. Der gruppierte Anteil der Befragten, nach Region und nach Betriebsspezialisierung, entspricht dabei dem Anteil an der Gesamtwertschöpfung der Landwirtschaft der Ukraine (WLW). Die Regionen wurden wie folgt gruppiert:

- 1) Südukraine (Oblaste Odesa, Mykolajiw, Saporischschja und Cherson),
- 2) Zentralukraine (Oblaste Chmelnyzkyj, Winnyzja, Tscherkasy, Kirowohrad, Dnipro und Poltawa),
- 3) Westukraine (Oblaste Tscherniwzi, Iwano-Frankiwsk, Transkarpatien, Lwiw, Lutsk (Wolhynien), Riwne und Ternopil),
- 4) Nord- und Ostukraine (Oblaste Kyiw, Tschernihiw, Schytomyr, Sumy und Charkiw).

Die Krim und der Donbas blieben in der Befragung unberücksichtigt. Der Beitrag an der WLW der Produzenten aus der Südukraine beträgt rund 18%, der Zentralukraine rund 39%, der Westukraine rund 17% und der Nord- und Ostukraine rund 26%³.

Das Kriterium der Betriebsspezialisierung schließt die pflanzliche Produktion und die Tierproduktion bzw. gemischte Produktion ein. Der Beitrag der Tierhalter bzw. Gemischtbetriebe an der WLW beträgt rund 25%, der Pflanzenproduzenten rund 75%³.

Die Betriebsgrößen wurden folgendermaßen aufgeteilt:

- 1) Unternehmen mit bis zu 1.000 ha Ackerfläche,
- 2) Unternehmen mit 1.000 bis 5.000 ha Ackerfläche und
- 3) Unternehmen mit über 5.000 ha Ackerfläche.

Die Stichprobenverteilung der Agrarproduzenten nach Betriebsgröße ist, im Vergleich zur Verteilung der Agrarproduzenten in der gesamten Ukraine, unausgewogen. Der Anteil der Agrarproduzenten mit einer Fläche von bis zu 1.000 ha beträgt zum Beispiel rund 22% der Grundgesamtheit, während er in der Stichprobe rund 50% der Gesamtheit aller Befragten beträgt. Der Anteil der Produzenten mit einer Fläche von über 1.000 ha bis 5.000 ha beträgt rund 46% der Gesamtheit aller Agrarproduzenten in der Ukraine und rund 15% in der Stichprobe. Die Anzahl der Produzenten mit einer Fläche von über 5.000 ha beträgt rund 32%³ der gesamten Agrarproduzenten in der Ukraine und rund 35% in der Stichprobe. Diese Abweichung ist eine Folge der Beschränkungen der verfügbaren Datenbank. Trotzdem sollten die Ergebnisse der Studie dadurch nicht beeinflusst werden.

Tabelle 2.1 stellt entsprechend der Kriterien die Anzahl der Agrarproduzenten in der Stichprobe dar.

³Der Staatliche Dienst für Statistik der Ukraine (2015): Statistisches Jahrbuch „Landwirtschaft der Ukraine 2015“, http://www.ukrstat.gov.ua/druk/publicat/kat_u/publ7_u.htm

Tabelle 2.1: Anzahl der Agrarunternehmen in der Stichprobe

Region	Flächengröße	Betriebsspezialisierung	Anzahl der Befragten
Südukraine	bis zu 1.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	6
		Pflanzenbau	18
	1.000 bis 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	2
		Pflanzenbau	5
	über 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	2
		Pflanzenbau	6
Zentralukraine	bis zu 1.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	10
		Pflanzenbau	31
	1.000 bis 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	3
		Pflanzenbau	9
	über 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	7
		Pflanzenbau	24
Westukraine	bis zu 1.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	4
		Pflanzenbau	13
	1.000 bis 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	1
		Pflanzenbau	4
	über 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	4
		Pflanzenbau	11
Nord- und Ostukraine	bis zu 1.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	6
		Pflanzenbau	21
	1.000 bis 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	2
		Pflanzenbau	6
	über 5.000 ha	Tierhaltung/Gemischtbetrieb	5
		Pflanzenbau	16
Gesamt			216

Quelle: APD

Wie in Tabelle 2.1 dargestellt, waren 52 Unternehmen der Tierhaltung und der Gemischtbetriebe an der Befragung beteiligt. Dies entspricht 24% der Stichprobe. Gleichzeitig tragen die Unternehmen der Betriebsspezialisierung Tierhaltung/Gemischtbetrieb mit 24% zur WLW der Ukraine bei. 164 Betriebe entsprechen der Betriebsspezialisierung Pflanzenbau, was 76% der Stichprobe (und des Beitrags an der WLW der Ukraine) entspricht. 39 Produzenten werden der Südukraine (18% der Stichprobe), 86 Produzenten der Zentralukraine (39% der Stichprobe), 37 Produzenten der Westukraine (17% der Stichprobe) und 56 Produzenten der Nord- und Ostukraine (26% der Stichprobe) zugeordnet.

2.2. Zweite Befragungsrunde: Sampling und technische Umsetzung

Die zweite Befragungsrunde basierte auf demselben Fragebogen (vgl. Abschnitt 2.3, Beschreibung des Fragebogens). Der größte Teil der Interviews fand während des Feldtags, organisiert vom Agrardemonstrations- und -fortbildungszentrum (ADFZ), am 15. September 2016 in Doslidnyts'ke, und während der Konferenz "Effiziente Verwaltung der Agrarunternehmen", organisiert vom Ukrainischen Agribusiness Club (UCAB) am 20. September 2016 in Kiew statt. Weitere fünf Interviews wurden telefonisch durchgeführt.

In der zweiten Befragungsrunde wurden Informationen zur subjektiven Einschätzung zu Kosten und Betriebshaushalten, welche mit der Einhaltung der Regulierungsmaßnahmen zusammenhängen, sowie Empfehlungen zur Verbesserung der Regulierungsmaßnahmen erhoben. Tabelle 2.2 stellt allgemeine Informationen zu Stichprobenmerkmalen dieser Befragungsrunde vor.

Tabelle 2.2: Stichprobenmerkmale der zweiten Befragungsrunde

Region	Flächengröße	Betriebsspezialisierung	Anzahl der Befragten
Südukraine	1.000 bis 5.000 ha	Pflanzenbau	1
Zentralukraine	bis zu 1.000 ha	Pflanzenbau	6
	1.000 bis 5.000 ha	Pflanzenbau	3
	über 5.000 ha	Pflanzenbau	1
Tierhaltung/Gemischtbetrieb		3	
Westukraine	über 5.000 ha	Pflanzenbau	1
Nord- und Ostukraine	bis zu 1.000 ha	Pflanzenbau	5
		Tierhaltung/Gemischtbetrieb	1
Gesamt			21

Quelle: APD

In der zweiten Befragungsrunde wurden insgesamt 21 Befragungen durchgeführt. Der Großteil der Befragten betreibt ausschließlich Pflanzenbau, während vier Befragte auch einen Betriebszweig Tierhaltung/Gemischtbetrieb bewirtschaften. Agrarproduzenten mit einer Fläche von weniger als 1.000 ha entsprechen rund 57% der Stichprobe. Die Befragten mit einer Fläche von über 5.000 ha entsprechen rund 25% der Stichprobe. Mehr als die Hälfte der teilgenommenen Betriebe produziert in der Zentralukraine. Die Südukraine sowie die Westukraine sind jeweils mit einem Befragten, die Nord- und Ostukraine mit sechs Befragten vertreten.

2.3. Beschreibung des Fragebogens

Untersuchungen von Hofstede (2011)⁴ haben ergeben, dass in der Ukraine die Kultur der informellen Geschäftskommunikation dominiert. Aus diesem Grund setzt die Erhebung vollständiger Antworten einen angemessenen konstruierten Fragebogen voraus. Der in beiden Befragungsrunden angewandte Fragebogen ist in Tabelle 2.3 dargestellt.

⁴ Hofstede, G. (2011): Dimensionalizing Cultures: The Hofstede Model in Context. In: Online Readings in Psychology and Culture, 2(1)

Tabelle 2.3: Fragebogen der beiden Befragungsrunden

FRAGEBOGEN					
«DEREGULIERUNG DES AGRARSEKTORS – Befragung zu Regulierungsmaßnahmen auf Betriebsebene, welche geändert oder abgeschafft werden sollen»					
<p>Hallo, ich heiße _____, UCAB. Wir forschen zu Regulierungsmaßnahmen auf Betriebsebene, die veraltet sind und infolgedessen ein Hindernis für das Wachstum des Agrarsektors darstellen. Das Ziel dieser Studie ist die Erarbeitung einer Reihe von Empfehlungen für das MAPE und für entsprechende fachliche und wirtschaftliche Verbände zur Aktualisierung des Regulierungsrahmens der Agrarbranche. Diese Studie ist ein Ergebnis gemeinsamer Bemühungen von APD und UCAB. Wir wären Ihnen sehr dankbar, wenn Sie die folgenden Fragen beantworten könnten. Das wird nur wenige Minuten in Anspruch nehmen.</p> <p>Ich werde Ihnen 12 Fragen zu geltenden Regulierungsmaßnahmen stellen, welche Ihrer Meinung nach geändert oder abgeschafft werden sollen und welche potenziellen Vorteile für Ihr Unternehmen, dank der Änderung oder der Abschaffung dieser Maßnahmen entstehen. Wenn Sie nichts dagegen haben, können wir beginnen...</p>					
Nr.	FRAGEN	ANTWORTEN			Bitte schätzen Sie den (die) Nutzen (Kosten) der Abschaffung/Änderung (Beibehaltung) von Regulierungsmaßnahmen ein
		Abschaffung		Änderung	Wie ändern?
		ja	nein		
I	<p>Gibt es Regulierungsmaßnahmen, deren Änderungen oder Abschaffung für Ihr Unternehmen von Vorteil wären? Bitte schätzen Sie den Nutzen der Deregulierung ein <i>*(Wenn es keine derartigen Vorschriften gibt, ist das Interview an dieser Stelle beendet)</i></p>			X	X

II	Ist es notwendig, die Regulierungsmaßnahmen 1-10 zu ändern oder abzuschaffen, wenn ja, geben Sie bitte Ihre Meinung dazu an. Bitte schätzen Sie den Nutzen der Deregulierung ein					
1.	Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche					
2.	Kontrolle der Bodenökologie					
3.	Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln					
4.	Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung					
5.	Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit					
6.	Quarantänekontrolle von bestellten Feldern					
7.	Brandschutzvorschriften					
8.	Kontrolle der Tierbestandsgröße					
9.	Regulierung der Lebensmittelpreise					
	Verbindliche statistische Berichterstattung an					
10.	den Staatlichen Dienst für Statistik der Ukraine (SDSU)					
11.	das MAPE					
12.	den Staatlichen Dienst für Geodäsie, Kartographie und Kataster					
III	Welche anderen Vorschriften schaden Ihrem Unternehmen?					
					
					
					
IV.	Art des Unternehmens?	(1) klein (bis 1 Tsd. ha) / (2) mittleres (1-5 Tsd. ha) / (3) groß (über 5 Tsd. ha)				
V.	Betriebsspezialisierung?	(1) Tierhaltung/Gemischtbetrieb/ (2) Pflanzenbau				
VI.	Region?	(1) Südukraine / (2) Zentralukraine / (3) Westukraine / (4) Nord- und Ostukraine				

Quelle: APD

Die Einführung in die Befragung soll die Landwirte über die Ziele der Erhebung und über die Initiatoren und Organisatoren informieren. Der Fragebogen enthält 18 Fragen, gruppiert in sechs Abschnitten. Der erste Abschnitt (I) ermöglicht dem Interviewenden den Kenntnisstand der Befragten, zur geltenden Gesetzgebung, besser zu verstehen. Erachtet der Befragte eine Änderung im Regulierungsrahmen des Agrarsektors auf Betriebsebene als nicht erforderlich, ist das Interview als beendet anzusehen. Diese Herangehensweise reduziert die Dauer der Befragung, erhöht seine Effizienz und Zuverlässigkeit.

Der zweite Abschnitt (II) besteht aus 12 Unterfragen. Diese Fragen entsprechen zehn Regulierungsmaßnahmen, welche von UCAB- und APD-Experten als am geringsten effizient und gleichzeitig als höchst problematisch betrachtet werden. Daneben werden viele dieser Maßnahmen als Quelle für Korruption genannt.

Im dritten Abschnitt (III) hatten die Befragten die Gelegenheit weitere Regulierungsmaßnahmen, welche zusätzlich die Betriebsabläufe behindern, zu nennen.

Die Abschnitte IV, V und VI stellen Fragen zur Größe des Unternehmens, der Betriebsspezialisierung und der Ansässigkeit (Region).

Die Teilnehmer hatten außerdem die Möglichkeit Fragen der Abschnitte I, II und III mit „sollte abgeschafft werden“, „sollte nicht abgeschafft werden“ und „braucht Änderungen“ zu beantworten. Sie konnten ihre eigenen Empfehlungen und Ansichten zu möglichen Verbesserungsvorschlägen sowie Informationen über die Auswirkungen von Regulierungsmaßnahmen auf die Betriebs Haushalte darstellen. Aufgrund der Abfrage von sensiblen Daten, konnten die Einschätzungen in beliebigen Einheiten abgegeben werden, z. B. in Anteil am Gesamtumsatz, Arbeitsstunden, usw.

3. Beschreibung der ausgewählten Regulierungsmaßnahmen

Folgende Maßnahmen wurden für den Fragebogen ausgewählt:

Regulierungsmaßnahme 1: Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) das Gesetz der Ukraine „Über die Pacht“ (06.10.1998 Nr. 161-XIV)⁵,
- 2) die Verordnung der Regierung „Über die Bewilligung der Richtlinie zur Führung des öffentlichen Registers der Immobilienrechte“ (26.10.2011 Nr. 1141)⁶ und
- 3) das Gesetz der Ukraine „Über die staatliche Registrierung von Immobilienrechten und ihren Belastungen“ (01.07.2004 Nr. 1952-IV)⁷.

Kommentar:

Durch das Gesetz Nr. 161-XIV werden die rechtlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse geregelt, welche mit Immobilienrechten und der Pacht zusammenhängen.

In der Verordnung der Regierung Nr. 1141 werden die Verfahren zur Registrierung und zur Führung des Registers für Immobilienrechte festgelegt. Unter anderem geht es um die Erarbeitung und die Registrierung von Anträgen und Anfragen an die Datenbank, die Dateneingabe in das Register, die Ausstellung von Zertifikaten und die Änderung von Registereinträgen.

⁵ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/161-14>

⁶ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/1141-2011-%D0%BF>

⁷ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/1952-15>

Im Gesetz der Ukraine Nr. 1952-IV werden die Grundlagen der öffentlichen Verwaltung zur Registrierung von Immobilienrechten festgelegt: organisatorische Aspekte – Artikel 6, Eigentumsrechte, Derivate und ihre Belastungen, welche von der Regierung registriert werden sollen – Artikel 4, allgemeines Verfahren zur öffentlichen Registrierung von Eigentumsrechten – Artikel 18.

Die qualitativen und quantitativen Merkmale öffentlicher Behörden in der Ukraine widersprechen einer effizienten Verwaltung bei der Registrierung von Eigentumsrechten. Eine sehr lange Registrierungsdauer (auch aufgrund der großen Wartezeiten bei öffentlichen Notaren) wirkt sich negativ auf die tägliche Effizienz der Farmbetriebe aus.

Regulierungsmaßnahme 2: Kontrolle der Bodenökologie

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Erlass des Präsidenten der Ukraine «Über die Satzung des Staatlichen Ökologischen Dienstes der Ukraine» (13.04.2011 Nr. 454/2011)⁸ und
- 2) Das Gesetz der Ukraine «Über die Staatliche Kontrolle der Landnutzung und des Bodenschutzes» (19.06.2003 Nr. 963-IV)⁹.

Kommentar:

In der Verordnung des Präsidenten der Ukraine Nr. 454/2011 werden die Befugnisse des Staatlichen Ökologischen Dienstes der Ukraine, im Bereich des Monitorings der Landnutzung und des Bodenschutzes und der Einhaltung der entsprechenden Gesetzesvorschriften, festgelegt. Das Gesetz sieht die Befugnisse und die Verantwortung des Inspektors in der Landnutzungskontrolle (Artikel 10 und 11). Die Inspektoren sind nicht verpflichtet einzelne Grundstücke zu überwachen. Ihre Büros liegen häufig fernab der zu beaufsichtigten Agrarproduzenten.

Regulierungsmaßnahme 3: Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Fahrzeugen

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Die Verordnung der Regierung „Über die Nutzung von Autobahnen, Straßen und Eisenbahnen durch große und schwere Fahrzeuge“ (18.01.2001 Nr. 30)¹⁰,
- 2) Das Gesetz der Ukraine „Über den Kraftfahrzeugverkehr“ (05.04.2001 Nr. 2344-III)¹¹ und
- 3) Die Verordnung der Regierung „Über die Straßenverkehrsordnung“ (10.10.2001 Nr. 1306)¹².

Kommentar:

In der Verordnung Nr. 30 werden der Rahmen und die Regeln des Umganges mit großen und schweren Fahrzeugen, die Koordinierung des Verkehrs, die Anforderungen an die Fahrer, die Anforderungen an die Speditionsunternehmen sowie die Ausstellungsmodalitäten der Nutzungsgenehmigung für Straßen, Autobahnen und Eisenbahnen festgelegt.

Das Gesetz der Ukraine Nr. 2344-III enthält die Definition zu großen und schweren Fahrzeugen (Artikel 1) und ist mit der Verordnung der Regierung «Über die Regelung des Straßenverkehrs» (10.10.2001 Nr. 1306) verbunden, welche Vorschriften über Größe und Gewicht der Verkehrsmittel enthält (Punkt 22.5).

⁸ Online: <http://zakon0.rada.gov.ua/laws/show/454/2011>

⁹ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/963-15>

¹⁰ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/30-2001-%D0%BF>

¹¹ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/2344-14>

¹² Online: <http://zakon0.rada.gov.ua/laws/show/1306-2001-%D0%BF/paran711#n711>

Die Verordnung der Regierung Nr. 1306 enthält Vorschriften zur Größe und zum Gewicht des Transportes und des Sperrtransportes (im Kapitel 22, Unterkapitel 22.5).

Viele landwirtschaftliche Maßnahmen, wie z.B. die Aussaat und Ernte, sind von wechselnden Wetterbedingungen abhängig. Dadurch fällt es schwer den „optimalen“ Feldarbeitstermin zu planen und die gesetzlichen Anforderungen bei der zeitlich festgelegten Verkehrsnutzung der Fahrzeuge einzuhalten. Des Weiteren stellt dieses Gesetz eine beispiellose Korruptionsquelle für die entsprechenden Behörden dar.

Regulierungsmaßnahme 4: Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Das Gesetz der Ukraine «Über den Straßenverkehr» (30.06.1993 Nr. 3353-XII)¹³ und
- 2) Das Gesetz der Ukraine «Über die Transporte mit Kraftfahrzeugen» (05.04.2001 Nr. 2344-III)¹⁴.

Kommentar:

Im Gesetz der Ukraine Nr. 3353-XII werden die Verantwortlichkeiten der Unternehmensführung in Bezug auf das Führen von landwirtschaftlichen Maschinen und Geräten, bei nichtbestandenem medizinischen Mitarbeitertests, geregelt. (Artikel 12 und 46).

Das Gesetz der Ukraine Nr. 2344-III schreibt für Personenbeförderungsunternehmen verpflichtende medizinische Untersuchungen von Schichtfahrern vor.

Die fehlende soziale Infrastruktur in ländlichen Gebieten wirkt einer zeitnahen Einhaltung von geltenden Vorschriften entgegen. Dadurch bleiben medizinische Untersuchungen häufig nur eine formelle Prozedur.

Regulierungsmaßnahme 5: Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Das Arbeitsgesetzbuch der Ukraine (10.12.1971 Nr. 322-VIII)¹⁵.

Kommentar:

Im Gesetzbuch Nr. 322-VIII wird die maximale Arbeitsdauer, für eine 5- oder 6-tägige Arbeitswoche, auf 40 Arbeitsstunden festgelegt (Artikel 52). Aufgrund des saisonalen Charakters der Landwirtschaft, wirkt sich diese Vorschrift auf die Betriebe negativ aus. Während der Erntezeit ist die Mehrzahl der Landwirte auf zusätzliche Arbeitskräfte angewiesen. Dies kann entweder durch zusätzliche Anstellungen oder durch bezahlte Überstunden der Beschäftigten gelingen. Viele Mitarbeiter sind häufig an Überstunden interessiert, da Überstunden in der Regel besser vergütet werden. Solange es noch kein entsprechendes Gesetz zu Saisonarbeitsverträgen gibt, stellt die derzeitige Regelung ein Hindernis für die Arbeitserledigung der Agrarproduzenten dar.

Regulierungsmaßnahme 6: Quarantänekontrolle von bestellten Feldern

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Das Gesetz der Ukraine «Über Pflanzenquarantäne» (30.06.1993 Nr. 3348-XII)¹⁶,
- 2) Die Verordnung der Regierung «Über die Umsetzung des Gesetzes der Ukraine «Über die Pflanzenquarantäne» (12.05.2007 Nr. 705)¹⁷ und

¹³ Online: <http://zakon2.rada.gov.ua/laws/show/3353-12>

¹⁴ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/2344-14>

¹⁵ Online: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/322-08>

¹⁶ Online: <http://zakon3.rada.gov.ua/laws/show/3348-12>

¹⁷ Online: <http://zakon3.rada.gov.ua/laws/show/705-2007-%D0%BF>

- 3) die Verordnung des MAPE «Über die Bewilligung der Richtlinie über die Identifizierung, Lokalisierung und Beseitigung von Unkräutern, welche der Quarantäne unterliegen» (27.01.2005 Nr. 40)¹⁸.

Kommentar:

Im Gesetz der Ukraine Nr. 3348-XII werden die Aktivitäten, Aufgaben, Befugnisse und Verantwortlichkeiten von Behörden im Bereich der Quarantänekontrolle von Pflanzen sowie Rechte und Pflichten von Beamten festgelegt, welche derartige Kontrollen ausüben. Weiterhin werden organisatorische und technologische Verfahren zur Beseitigung und Vorbeugung der Verbreitung von Pflanzenkrankheiten und Unkräutern dargestellt.

In der Verordnung der Regierung Nr. 705 sind die Verfahren zur Kontrolle, Aufsicht, Analyse und Desinfektion von Feldern festgelegt. Richtlinie Nr. 40 regelt die Verfahren zur Identifizierung, Lokalisierung und Beseitigung von Unkräutern. Aufgrund des Mangels an unabhängigen Laboren, sind effiziente Pflanzenkontrollen unter Quarantänebedingungen derzeit nicht vorstellbar.

Regulierungsmaßnahme 7: Brandschutzvorschriften

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Die Verordnung des Innenministeriums der Ukraine "Über zusätzliche Aspekte der Kontrollen zur Einhaltung von gesetzlichen Anforderungen im Bereich des Bevölkerungsschutzes, der technischen Sicherheit und der Feuersicherheit durch Wirtschaftssubjekte" (02.11.2015 Nr. 1337)¹⁹

Kommentar:

Die Verordnung beschreibt die Kontrollverfahren zur Einhaltung der Vorschriften zum Bevölkerungsschutz, der technischen Sicherheit und der Feuersicherheit. Die Mehrheit der Sicherheitsanforderungen ist veraltet und stammt aus der Zeit der ehemaligen Sowjetunion. Sie widersprechen modernen Anforderungen und der tatsächlichen Praxis ukrainischer Unternehmen.

Regulierungsmaßnahme 8: Kontrolle der Tierbestandsgröße

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Das Gesetz der Ukraine «Über die Grundlagen der Sicherheit und Qualität von Lebensmitteln und die Anforderungen an sie» (23.12.1997 Nr. 771/97-BP)²⁰

Kommentar:

Das Gesetz der Ukraine Nr. 771/97-BP legt die Anforderungen an die Schlachtung, die Meldung der Tieranzahl und die Lagerung von Tiererzeugnissen fest. Die Ukraine ist ein Staat mit Übergangswirtschaft und Übergangsmärkten. Aufgrund dessen sollen Tierhalter ihre Entscheidungen zur Tieranzahl unabhängig und rechtzeitig treffen können.

Regulierungsmaßnahme 9: Regulierung der Lebensmittelpreise

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Das Gesetz der Ukraine «Über die staatliche Förderung der Landwirtschaft in der Ukraine» (24.06.2004 Nr. 1877-IV)²¹

¹⁸ Online: <http://zakon0.rada.gov.ua/laws/show/z0201-05>

¹⁹ Online: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/z1467-15/print1433768771443025>

²⁰ Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/771/97-%D0%B2%D1%80>

²¹ Online: <http://zakon4.rada.gov.ua/laws/show/1877-15>

Kommentar:

Im Gesetz der Ukraine Nr. 1877-IV sind die Methoden und Verfahren zur Preisregulierung bestimmter Lebensmittel festgelegt. Agrarproduzenten sollen ihre Produkte zu Marktpreisen vermarkten können.

Regulierungsmaßnahme 10: Verbindliche statistische Berichterstattung

Die mit der Regulierungsmaßnahme verbundene Gesetzgebung:

- 1) Das Gesetz der Ukraine «Über staatliche Statistik» (17.09.1992 Nr. 2614-XII)²²

Kommentar:

Das Gesetz beschreibt das verbindliche Verfahren zur statistischen Berichterstattung. Nach den geltenden Vorschriften unterliegen die Agrarproduzenten einer verbindlichen statistischen Berichterstattung an das MAPE, den SSDU und den SDK. Obwohl die Agrarunternehmen zur Berichterstattung verpflichtet sind, werden bei Unterlassung bzw. Versäumnissen keine Geldstrafen bzw. anderweitigen Sanktionen den Betrieben auferlegt. Durch die unkonsolidierte und unsystematische Berichterstattung der Ämter, fehlt den Landwirten die Motivation die entsprechenden Daten und Informationen an statistische Ämter zu übermitteln (z.B. für die Beobachtung der sektoralen Entwicklung).

4. Ergebnisse

Im folgenden Abschnitt werden die Ergebnisse beider Befragungsrunden vorgestellt. Abschnitt 4.1 enthält die Ergebnisse der telefonischen Befragung der ersten Befragungsrunde. Im Abschnitt 4.2 befinden sich die Ergebnisse der persönlichen Interviews.

4.1. Ergebnisse der ersten Befragungsrunde

Die Gesamtanzahl der Antworten der ersten Befragungsrunde wurde anteilig in positive und negative Antworten unterschieden. Eine positive Antwort definiert die positive Einstellung des Befragten zur Abschaffung oder Änderung einer Regulierungsmaßnahme. Entsprechend zeigen negative Antworten das Einverständnis zur Beibehaltung der entsprechenden Regulierungsmaßnahme. Die Teilnehmer der Befragung hatten ebenfalls die Möglichkeit sich neutral gegenüber einer Regulierungsmaßnahme zu äußern. Gründe einer neutralen Einstellung zu bestimmten Regulierungsmaßnahmen könnten in der Nicht-Umsetzbarkeit in Produktionsprozessen liegen. Andererseits werden die Vorschriften nur in bestimmten Regionen angewendet. Die anteilige Berechnung von positiven und negativen Antworten erlaubt eine Identifizierung von Regulierungsmaßnahmen, welche einer unbeschränkten landwirtschaftlichen Ausübung widersprechen. Außerdem besteht dadurch die Möglichkeit, Maßnahmen innerhalb der positiven Antworten zu werten. Je größer der positive Anteil, desto größer das Niveau der Ineffizienz der entsprechenden Regulierungsmaßnahme.

In den Interviews hat sich die Mehrheit der Befragten für die Abschaffung oder Änderung der Regulierungsmaßnahmen ausgesprochen. Anstelle einer vollständigen Abschaffung von Regulierungsmaßnahmen, spricht sich die Mehrheit vielmehr für die Änderung zur Erhöhung der Effizienz, hinsichtlich moderner betrieblicher Merkmale, aus. Eine allgemeine Übersicht der Antworten ist in Tabelle 4.1 dargestellt.

²² Online: <http://zakon5.rada.gov.ua/laws/show/2614-12>

Tabelle 4.1: Anteile der positiven und negativen Antworten aller Befragten

Fragen		Antworten	
		Die Regulierungsmaßnahme ist...	
		... zu ändern / abzuschaffen	... beizubehalten
		<i>in % von der Gesamtanzahl der Befragten</i>	
1	Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare	34	65 ¹
2	Kontrolle der Bodenökologie	38	57
3	Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln	36	27
4	Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung	47	46
5	Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit	30	53
6	Quarantänekontrolle von bestellten Feldern	34	36
7	Brandschutzvorschriften	14	80
8	Kontrolle der Tierbestandsgröße	4	13
9	Regulierung der Lebensmittelpreise	49	29
	Verbindliche statistische Berichterstattung		
10	SDSU	49	36
11	MAPE	48	41
12	SDK	42	37

¹ Die Summe der Anteile der positiven und negativen Antworten ergibt nicht stets 100, da Regulierungsmaßnahmen auch neutral bewertet worden sein konnten.

Quelle: APD

Aus der Tabelle 4.1 geht hervor, dass für folgende Regulierungsmaßnahmen der Anteil positiver Antworten größer als der Anteil negativer Antworten war:

- Regulierung der Lebensmittelpreise (49% positive und 29% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU (49% positive und 36% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an das MAPE (48% positive und 41% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDK (42% positive und 37% negative Antworten),
- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (36% positive und 27% negative Antworten).

Die Anzahl an positiven Antworten auf die Fragen zur verbindlichen Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare, die Kontrolle der Bodenökologie, die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Quarantänekontrolle von bestellten Feldern, die Brandschutzvorschriften und die Kontrolle der Tierbestandsgröße überschreitet nicht die Anzahl der negativen Antworten in der gesamten Stichprobe.

Da die Ergebnisse der Interviews keine relevanten Unterschiede zwischen den Unternehmensarten aufweisen, wenn sie gleichzeitig nach den genannten Kriterien disaggregiert sind, werden sie nur nach den einzelnen Kriterien dargestellt. Tabelle 4.2 stellt die Ergebnisse, disaggregiert nach Region, dar.

Tabelle 4.2: Anteile der positiven und negativen Antworten, disaggregiert nach Region

Fragen		Antworten							
		Südukraine		Westukraine		Zentralukraine		Nord- und Ostukraine	
		Die Vorschrift ist...							
		AS/Ä ¹	BB ²	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB
		<i>in % von der Gesamtanzahl der Befragten</i>							
1	Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare	67	33 ³	35	62	29	71	19	77
2	Kontrolle der Bodenökologie	54	33	19	81	38	58	39	55
3	Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln	23	18	46	22	39	27	35	37
4	Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung	31	54	46	51	49	44	55	40
5	Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit	13	49	35	49	34	48	32	66
6	Quarantänekontrolle von bestellten Feldern	26	44	41	27	39	31	27	45
7	Brandschutzvorschriften	13	74	5	95	18	75	16	82
8	Kontrolle der Tierbestandsgröße	3	13	3	16	4	18	5	6
9	Regulierung der Lebensmittelpreise	62	31	24	35	53	25	50	31
	Verbindliche statistische Berichterstattung an...								
10	SDSU	41	26	59	30	48	35	48	48
11	MAPE	41	26	65	35	41	48	52	45
12	SDK	31	28	54	35	40	36	45	44

¹ AS/Ä bedeutet "die Vorschrift ist abzuschaffen/zu ändern"

² BB bedeutet "die Vorschrift ist beizubehalten"

³ Die Summe der Anteile der positiven und negativen Antworten ergibt nicht stets 100, da Regulierungsmaßnahmen auch neutral bewertet worden sein konnten.

Quelle: APD

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten in der Südukraine:

- Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare (67% positive und 33% negative Antworten),
- Regulierung der Lebensmittelpreise (62% positive und 31% negative Antworten),

- Kontrolle der Bodenökologie (54% positive und 33% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung von Daten an das MAPE (41% positive und 26% negative Antworten), den SDSU (41% positive und 26% negative Antworten) und den SDK (31% positive und 28% negative Antworten) und
- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (36% positive und 27% negative Antworten).

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten in der Westukraine:

- Verbindliche Übermittlung der Daten an das MAPE (65% positive und 35% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU (59% positive und 30% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDK (54% positive und 35% negative Antworten),
- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (46% positive und 22% negative Antworten) und
- Quarantänekontrolle von bestellten Feldern (41% positive und 27% negative Antworten).

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten in der Zentralukraine:

- Regulierung der Lebensmittelpreise (53% positive und 25% negative Antworten),
- Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung (49% positive und 44% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU (48% positive und 35% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDK (40% positive und 36% negative Antworten),
- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (39% positive und 27% negative Antworten) und
- Quarantänekontrolle von bestellten Feldern (39% positive und 31% negative Antworten).

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten in der Nord- und Ostukraine:

- Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung (55% positive und 40% negative Antworten),
- Regulierung der Lebensmittelpreise (50% positive und 31% negative Antworten) und
- Verbindliche Übermittlung der Daten an das MAPE (52% positive und 45% negative Antworten).

Bei der Disaggregation (d.h. nach dem Kriterium der Region) stellen sich Regulierungsmaßnahmen, welche die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Brandschutzvorschriften und die Kontrolle der Tierbestandsgröße betreffen, für die Befragten als irrelevant bzw. akzeptabel heraus.

Tabelle 4.3 zeigt die Ergebnisse der Befragung, disaggregiert nach Flächengröße.

Tabelle 4.3: Anteile der positiven und negativen Antworten, disaggregiert nach Flächengröße

Fragen		Antworten					
		<1.000 ha		1.000 bis 5.000 ha		>5.000 ha	
		Die Vorschrift ist...					
		AS/Ä ¹	BB ²	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB
		<i>in % von der Gesamtanzahl der Befragten</i>					
1	Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare	50	47	15	85	23	77
2	Kontrolle der Bodenökologie	37	55	40	57	37	60
3	Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln	35	19	47	30	29	39
4	Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung	43	49	51	45	52	40
5	Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit	23	52	47	51	27	58
6	Quarantänekontrolle von bestellte Feldern	31	30	40	38	34	47
7	Brandschutzvorschriften	23	70	6	92	6	87
8	Kontrolle der Tierbestandsgröße	6	11	2	25	0	8
9	Regulierung der Lebensmittelpreise	44	27	55	32	52	31
	Verbindliche statistische Berichterstattung an...						
10	SDSU	39	38	43	47	71	24
11	MAPE	46	38	38	53	60	37
12	SDK	37	31	36	55	56	32

¹ AS/Ä bedeutet "die Vorschrift ist abzuschaffen / zu ändern"

² BB bedeutet "die Vorschrift ist beizubehalten"

³ Die Summe der Anteile der positiven und negativen Antworten ergibt nicht stets 100, da Regulierungsmaßnahmen auch neutral bewertet worden sein konnten.

Quelle: APD

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten, mit einer Flächengröße bis zu 1.000 ha:

- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (35% positive 19% negative Antworten),
- Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare (50% positive und 47% negative Antworten),
- Regulierung der Lebensmittelpreise (44% positive und 27% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an das MAPE (46% positive und 38% negative Antworten) und
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDK (37% positive und 31% negative Antworten).

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten, mit einer Flächengröße von 1.000 bis 5.000 ha:

- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (47% positive und 30% negative Antworten),
- Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung (51% positive und 45% negative Antworten),
- Regulierung der Lebensmittelpreise (55% positive und 32% negative Antworten).

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten, mit einer Flächengröße von über 5.000 ha:

- Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung (52% positive und 40% negative Antworten),
- Regulierung der Lebensmittelpreise (52% positive und 31% negative Antworten)
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU (71% positive und 24% negative Antworten),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an das MAPE (60% positive und 37% negative Antworten) und
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDK (56% positive und 32% negative Antworten).

In der Disaggregation (d.h. nach dem Kriterium der Flächengröße) stellen sich die Regulierungsmaßnahmen, welche die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, die Quarantänekontrolle von bestellten Feldern, die Brandschutzvorschriften, die Kontrolle der Tierbestandsgröße und die Kontrolle der Bodenökologie betreffen, als irrelevant bzw. akzeptabel heraus.

Tabelle 4.4 veranschaulicht die Ergebnisse der Befragung, disaggregiert nach Betriebsspezialisierung (Pflanzenbau bzw. Tierhaltung /Gemischtbetrieb).

Tabelle 4.4: Anteile der positiven und negativen Antworten, disaggregiert nach Betriebsspezialisierung

Fragen		Antworten			
		Pflanzenbau		Tierhaltung /Gemischtbetrieb	
		Die Vorschrift ist...			
		AS/Ä ¹	BB ²	AS/Ä	BB
		<i>in % von der Gesamtanzahl der Befragten</i>			
1	Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare	35	64	32	66
2	Kontrolle der Bodenökologie	36	59	43	49
3	Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln	35	27	43	28
4	Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung	50	43	36	57
5	Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit	28	52	36	60
6	Quarantänekontrolle von bestellten Feldern	34	36	34	36
7	Brandschutzvorschriften	13	81	19	79
8	Kontrolle der Tierbestandsgröße	1	3	13	53
9	Regulierung der Lebensmittelpreise	47	28	55	32
	Verbindliche statistische Berichterstattung an...				

10	SDSU	49	35	49	40
11	MAPE	48	40	49	45
12	SDK	43	35	38	45

¹ AS/Ä bedeutet "die Vorschrift ist abzuschaffen / zu ändern"

² BB bedeutet "die Vorschrift ist beizubehalten"

³ Die Summe der Anteile der positiven und negativen Antworten ergibt nicht stets 100, da Regulierungsmaßnahmen auch neutral bewertet worden sein konnten.

Quelle: APD

Regulierungsmaßnahmen mit überwiegend positiven Antworten der Agrarproduzenten, welche sich auf dem Pflanzenbau oder auf die Tierhaltung /Gemischtbetrieb spezialisiert haben:

- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln (35% positive und 27% negative Antworten von Pflanzenproduzenten; 43% positive und 28% negative Antworten von Tierhaltern/Gemischtbetrieben),
- Regulierung der Lebensmittelpreise (47% positive und 28% negative Antworten von Pflanzenproduzenten; 55% der positive und 32% negative Antworten von Tierhaltern/Gemischtbetrieben),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU (49% positive und 35% negative Antworten von Pflanzenproduzenten; 49% positive und 40% negative Antworten von Tierhaltern/Gemischtbetrieben),
- Verbindliche Übermittlung der Daten an das MAPE (48% positive und 40% negative Antworten von Pflanzenproduzenten; 49% positive und 45% negative Antworten von Tierhaltern/Gemischtbetrieben),

Außerdem sind die Pflanzenproduzenten über folgende Maßnahmen besorgt:

- Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung (50% positive und 43% negative Antworten) und
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDK (48% positive und 35% negative Antworten).

Die disaggregierte Darstellung (d.h. nach dem Kriterium der Betriebsspezialisierung) zeigt, dass der Anteil negativer Antworten bei der Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit, der Quarantänekontrolle von bestellten Feldern, den Brandschutzvorschriften, der Kontrolle der Tierbestandsgröße und der verbindlichen Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare überwiegt.

4.2. Ergebnisse der zweiten Befragungsrunde

An der zweiten Befragungsrunde haben 21 Landwirte aus verschiedenen Regionen, verschiedenen Arten der Betriebsspezialisierung und mit unterschiedlichen Flächengrößen teilgenommen. Das wichtigste Ziel dieser Befragungsrunde war die Erhebung detaillierter Informationen zu entstehenden Kosten der Einhaltung von ineffizienten Regulierungsmaßnahmen sowie zu Verbesserungsvorschlägen der Vorschriften. Aufgrund der relativ kleinen Anzahl an Teilnehmern, werden die Ergebnisse aller Befragten zusammen, und nicht disaggregiert nach Region, Flächengröße oder Betriebsspezialisierung, dargestellt.

4.2.1. Antworten zu “Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare“

Zwei Drittel der Befragten weisen auf Probleme bei der Anwendung der Regulierungsmaßnahmen “Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare” und “Die Abwesenheit des Grundstücksmarktes” hin. Die Mehrheit der Befragten erwähnt, dass die Registrierung von Pachtverträgen und analogen Aktivitäten rd. 26.500 UAH (rd. 915 EUR²³) kosten und zwei Arbeitsstunden der sechs bis sieben Vollzeitbeschäftigten, abhängig von der Flächengröße des Unternehmens, betragen kann. Das hohe Niveau der Regulierung schafft einen großen Anreiz für Korruption.

Weitere Befragte erwähnen ein relativ schnelles und kostenloses Verfahren der Registrierung von Pachtverträgen. Diese Unterschiede können durch menschliche und regionale Faktoren erklärt werden. Das heißt, dass eine positive und verantwortungsbewusste Einstellung der Beamten gegenüber der Registrierung und eine niedrigere Rate der Verpachtung in der Oblast, die Registrierungsdauer und den Preis der Registrierung positiv beeinflussen können.

Ein anderer Aspekt der Registrierung von Pachtverträgen ist die Registrierung von vererbten Flächen (des Erbes). Nicht immer führen Grundstücke eine Katasternummer. Da die Erteilung von behördlichen Katasternummern rd. 1.000 - 2.000 UAH (rd. 35-70²⁴ EUR) kostet und diese nur bei der Pacht des Grundstücks erforderlich sind, besteht seitens der Eigentümer an der Zuweisung von Katasternummern nur wenig Interesse. Infolgedessen sollen Grundstückspächter sich eigenständig um die Zuteilung von Katasternummern bemühen und die entstehenden Kosten selbst tragen.

Obwohl sich die Befragten über die Ineffizienz der geltenden Registrierung von Pachtverträgen beklagen, spricht sich die Mehrheit für eine Verbesserung des bestehenden Verfahrens aus. Eine vollständige Abschaffung wird nicht favorisiert. Der wichtigste Grund hierfür ist in der Einbeziehung von Behörden zu sehen, welche als eine zusätzliche Garantie eines angemessenen Pachtrechteschutzes erachtet werden.

Die Befragten zeigen sich weiterhin um die Zukunft des derzeit nicht vorhandenen Grundstücksmarktes und den existierenden Grundstücks-Schwarzmarkt besorgt. Ihrer Meinung nach behindert dieser Zustand langfristige Investitionen in der Agrarwirtschaft. Die jährliche Verlängerung des Bodenmoratoriums, des Verbotes zum Verkauf von Agrarflächen (anstelle einer langfristigen Verlängerung oder Abschaffung) und der existierende Grundstücks-Schwarzmarkt schrecken potentielle Investoren ab. Der derzeit gesetzlich nicht vorhandene Grundstücksmarkt führt zu ineffizienten und unklaren Regelungen beim Bau von Wirtschaftsgebäuden, z.B. von Lagereinrichtungen und Ställen, auf den dafür vorgesehenen landwirtschaftlichen Betriebsflächen.

4.2.2. Antworten zu “Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln“

Die verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln verursacht große Schwierigkeiten. Zwei wichtige Aspekte sind dabei entscheidend. Erstens können die Landwirte ihre Feldarbeiten aufgrund der wechselhaften Wetterbedingungen nur selten präzise planen. Da die entsprechenden Beförderungsgenehmigungen nur für bestimmte Tage ausgestellt werden, ist die Übertretung von geltenden Vorschriften eine logische Konsequenz. Darüber hinaus liegen die Polizeistationen häufig fernab von Agrarunternehmen, was zusätzliche Unannehmlichkeiten besonders für Kleinproduzenten schafft,

²³ Durchschnittlicher Wechselkurs im Jahr 2016

²⁴ Durchschnittlicher Wechselkurs im Jahr 2016

welche in der Regel keine zusätzlichen Arbeitskräfte beschäftigen. Dieser Sachverhalt stellt einen großen Anreiz für Korruption dar. Die damit verbundenen Kosten werden von den Agrarproduzenten auf rd. 10.000 UAH/Jahr (rd. 350 EUR/Jahr²⁵) geschätzt.

4.2.3. Einschätzung weiterer Regulierungsmaßnahmen

Die **Kontrolle der Bodenökologie** und die **Quarantänekontrolle von bestellten Feldern** werden nicht als Vorschriften betrachtet, welche zusätzliche Kosten verursachen. Die Befragten vertreten vielmehr die Meinung, dass diese Kontrollen professioneller und fachlich begründeter durchgeführt werden sollten, sodass sie über den Zustand ihrer Felder und die potentiellen Gefahren besser informiert werden und der Boden sowie die Umwelt besser geschützt werden können.

Die Regulierungsmaßnahmen, welche mit der **Täglichen ärztlichen Mitarbeiteruntersuchung**, der **Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit** und der **Kontrolle der Tierbestandsgröße** verbunden sind, werden nicht als erwähnenswerte Kostenpositionen angesehen. Die Agrarproduzenten verweisen auf die nicht-umsetzbaren Vorschriften der täglichen ärztlichen Mitarbeiteruntersuchung und die Kontrolle der Tierbestandsgröße und befürworten eine vollständige Abschaffung. Was die **Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit** betrifft, empfehlen die Befragten die Verabschiedung einer Rechtsgrundlage zur Überstundenregelung in der Ernteperiode.

Kontrolle der Brandschutzvorschriften werden als notwendige Maßnahmen eingestuft und entsprechen den Interessen der Produzenten. Die Hilfsbereitschaft der entsprechenden Behörden, bei der Einhaltung von Brandschutzvorschriften, ist für die Befragten von großer Bedeutung.

Die **Regulierung der Lebensmittelpreise** wird, in ihrer aktuellen Form, für die Agrarproduzenten und für entsprechende Märkte als schädlich betrachtet. Die Regulierung der Höchstpreise für Lebensmittel hat 1) die Verschlechterung der Lebensmittelqualität (offensichtlich, je höher die Lebensmittelqualität, desto höher die Kosten für ihre Produktion) und 2) die Senkung von Markteintrittsanreizen für Unternehmen zur Folge. Die Festlegung von Höchstpreisen führt zu einer geringen Anzahl an Marktteilnehmern mit niedriger Produktqualität.

Die verbindliche Übermittlung der Daten an statistische Behörden wird als sehr zeitaufwendig beschrieben. Zudem ist das System offensichtlich ineffizient. Häufig müssen ähnliche bzw. gleiche Daten, in verschiedenen Formaten, an mehrere Behörden übermittelt werden.

4.3. Zusammenfassung der Ergebnisse

In der ersten Befragungsrunde werden folgende Regulierungsmaßnahmen am häufigsten als ineffizient oder störend genannt (s. Tabelle A.1 im Anhang):

- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln,
- Regulierung der Lebensmittelpreise und die
- Verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU, das MAPE und den SDK.

Die zweite Befragungsrunde identifizierte folgende zwei Regulierungsmaßnahmen als sehr kostenintensiv:

²⁵ Durchschnittlicher Wechselkurs im Jahr 2016

- Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln und
- Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare.

Zusammenfassend kann bemerkt werden, dass die Koordinierung zur Beförderung von großen Verkehrsmitteln durch Behörden von den Produzenten nicht nur als nutzlos, sondern auch als diejenige Regulierungsmaßnahme angesehen wird, welche die größten Einhaltungskosten verursacht. Die Feststellung der direkt mit der Regulierung der Lebensmittelpreise verbundenen Ausgaben ist für die Produzenten eher schwierig. Dadurch taucht diese Maßnahme in den Ergebnissen des zweiten Interviews nur indirekt auf. Dennoch erwähnt die Mehrheit der Befragten die unvorteilhaften Auswirkungen auf ihre Unternehmen und auf den Agrarmarkt insgesamt.

Die verbindliche Übermittlung der Daten an den SDSU, das MAPE und den SDK scheint ineffizient zu sein. Obwohl bereits in der ersten Befragungsrunde dargestellt, konnten in der zweiten Befragungsrunde nicht die exakten Angaben zu dieser Maßnahme erhoben werden. Der wichtigste Grund dafür scheint die Berichterstattung durch die Buchhalter zu sein, während in der Befragung meist Unternehmensleiter angesprochen waren.

Die verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare scheint derzeit hohe Einhaltungskosten zu verursachen. Die Befragten sprechen sich für eine Änderung dieser Maßnahme aus, da sie als eine zusätzliche Garantie ihrer Pachtrechte betrachtet wird.

Folgende Regulierungsmaßnahmen werden von den Befragten als weitestgehend unproblematisch wahrgenommen:

- Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit,
- Brandschutzvorschriften und
- Kontrolle der Tierbestandsgröße.

Die Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit kann vermieden werden. Gewisse Merkmale der Gesetzgebung führen dazu, dass bestimmte Anstellungsformen, welche saisonalen Arbeitsbelastungen entsprechen würden, weder explizit erlaubt noch verboten sind. Trotzdem würden die Landwirte die Unterzeichnung von transparenten Saisonarbeitsverträgen der Nutzung von Gesetzeslücken bevorzugen.

Die Brandschutzvorschriften werden als eine unbestritten notwendige Regulierungsmaßnahme für industrielle Objekte angenommen. Entsprechend der Befragungen soll die Vorschrift beibehalten, jedoch verbessert werden.

Die Kontrolle der Tierbestandsgröße wurde mehrheitlich als nicht veränderungswürdig betrachtet. Teilweise ist diese Aussage auch auf die geringen Kenntnisse über die tatsächlichen Anforderungen dieser Verordnung zurückzuführen. Die praktisch nicht vorhandenen offiziellen Kontrollen, führen dementsprechend zu einer unzureichenden Einhaltung dieser Vorschrift.

In der ersten Befragungsrunde haben folgende Regulierungsmaßnahmen mehr als 50% positive Antworten auf einer Disaggregationsebene und weniger als 50% auf den anderen Disaggregationsebenen erhalten:

- Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare,
- Kontrolle der Bodenökologie,
- Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung und
- Quarantänekontrolle von bestellten Feldern.

Diese Maßnahmen sind nicht mit hohen wirtschaftlichen Kosten für die Landwirtschaft verbunden. Die Registrierung von Pachtverträgen unterscheidet sich in den Regionen, hinsichtlich Zeitaufwand und Bearbeitungsintensität, unterschiedlich stark.

4.4. Abschließende Bemerkungen

In der Regel schließen die Ausgaben für die Einhaltung von Regulierungsmaßnahmen direkte Kosten (d.h. offizielle Gebühren der Behörden), Transaktionskosten (d.h. den Zeitaufwand für die Vorbereitung von notwendigen Dokumenten) und korruptionsbedingte Kosten ein. Gemäß den groben Einschätzungen der Befragten verwenden sie

- 1-3% des jährlichen Betriebshaushaltes für die Einhaltung der Vorschriften und
- 2-6% der Arbeitszeit der Betriebsleiter für die Zusammenarbeit und Abstimmung mit den Behörden.

Der Mangel an Transparenz und Präzision im Regulierungsrahmen von Routineoperationen im Agrarsektor führt dazu, dass mittlere und höhere Führungskräfte viel Zeit in die Verhandlungen und die Kommunikation mit staatlichen Stellen investieren müssen. Entsprechend fehlt diese Zeit und Ausgaben für die Fokussierung der Entwicklung des Geschäftsmodells und der Unternehmensstrategie sowie für die betriebliche Produktivitätssteigerung. Die gesetzlichen Bestimmungen, bezüglich moderner Technologien und Operationen, sind oft veraltet. Mit dem Anstieg des technischen Fortschrittes in den Betrieben, können die bestehenden gesetzlichen Vorschriften zunehmender nicht mehr eingehalten werden.

5. Deregulierungsvorschläge

Im folgenden Abschnitt werden Deregulierungsvorschläge für die behandelten Vorschriften dargestellt.

Regulierungsmaßnahme 1: Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare

1. Steigerung der Anzahl von Notaren und Implementierung des Systems der operativen Leistungskennzahlen. Zur Stärkung der operationellen Effizienz bei der Registrierung von Pachtverträgen, sollten zusätzliche Mitarbeiter mit hohen fachlichen Kompetenzen angeworben werden. Des Weiteren sollte ein ausgewogenes System der operativen Leistungskennzahlen, zur Entwicklung des allgemeinen Niveaus der notariellen Dienstleistungen, hinsichtlich kundenorientierter Verfahren, Anforderungen an die Einhaltung der Gesetze und des Schutzes von Eigentumsrechten, entwickelt werden.
2. Verabschiedung eines angemessenen konsolidierten digitalen Dokumentenmanagementsystems zur Sicherung der Kommunikation in öffentlichen und privaten Einrichtungen. Ein einheitliches digitales Dokumentenmanagementsystem würde die Einbindung aller Verwaltungsmaßnahmen und -objekte in die digitale Infrastruktur erlauben, wodurch der Informationsaustausch mithilfe digitaler Kommunikationswege flexibler und effizienter umgesetzt werden könnte.

Regulierungsmaßnahme 2 und 6: Mit Blick auf die Kontrollen der Bodenökologie und Quarantänekontrolle von bestellten Feldern werden folgende Vorschläge unterbreitet:

1. Entwicklung und Implementierung eines transparenten und angepassten Systems zum Monitoring der Bodenökologie.
2. Die Bodenüberwachung und Quarantänekontrolle von bestellten Feldern sollte an kommerzielle Dienstleister des privaten Sektors ausgelagert werden.

3. Eine andere Möglichkeit ist das Outsourcing an zertifizierte Prüfer. In diesem Fall wären die Prüfer für verbindliche Kontrollen und die Überwachung verantwortlich.

Regulierungsmaßnahme 3: Verbindliche Koordinierung und Genehmigung für die Beförderung von großen Fahrzeugen

1. Abschaffung der Vorschrift über die verbindliche Koordinierung der Bewegung von großen Fahrzeugen.
2. Vorstellung eines digitalen Systems zur Kontrolle und Überwachung dieser Vorschrift.

Regulierungsmaßnahme 4: Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung

Implementierung eines Systems der freiwilligen ärztlichen Kontrollen, mithilfe der Verwendung von Alkoholtestern und Blutdruckmessgeräten. Diese Tests erfordern keine verbindliche medizinische Bescheinigung und würden genügen, um für den Agrarproduzenten einen rechtlichen Rahmen der Unfallverhütung zur Verfügung zu stellen. Die mit der Vorschrift verbundenen Korruptionsanreize wären beseitigt.

Regulierungsmaßnahme 5: Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit

Für eine Reihe landwirtschaftlicher Arbeiten, unter anderem für den Anbau von Getreide, sind gemäß der geltenden Gesetzgebung der Ukraine keine Saisonarbeitsverträge vorgesehen. Es wird empfohlen, eine Gesetzesgrundlage zur Saisonbeschäftigung in der Landwirtschaft und den Verarbeitungsunternehmen zu erarbeiten und zu verabschieden. Die Liste der Saisonarbeiten könnte durch die Regierung erweitert werden.

Regulierungsmaßnahme 7: Brandschutzvorschriften

Die Brandschutzvorschriften müssen den modernen und gegenwärtigen Unternehmensmerkmalen entsprechen und modernisiert werden. Daneben sollte zur Verbesserung der Qualität und Transparenz von Feuerwehrdienstleistungen ein Motivationssystem für die Mitarbeiter erarbeitet werden.

Regulierungsmaßnahme 8: Kontrolle der Tierbestandsgröße

Das Verfahren zur Kontrolle der Tierbestandsgröße sollte abgeschafft werden. Mit dieser Regulierungsmaßnahme können Produzenten nicht angemessen auf volatile Marktbedingungen reagieren.

Regulierungsmaßnahme 9: Regulierung der Lebensmittelpreise

Der Agrarsektor der Ukraine hat sich in der Vergangenheit gut entwickelt. Das landwirtschaftliche Potential ist enorm. Die Beibehaltung jeglicher Höchstpreise für Agrarprodukte kann nicht empfohlen werden. Ein fairer Wettbewerb und freier Marktzugang ermöglicht beiden Seiten, sowohl den Konsumenten als auch den Produzenten, eine höhere Rente zu erwirtschaften. Durch eine gesteigerte Anzahl an Produzenten bzw. Marktteilnehmern, werden die Konsumenten von einem höheren Angebot und besseren Qualitäten profitieren, während sich für Produzenten der reale Lebensmittelpreis am Markt ergeben wird. Die Liberalisierung und Deregulierung des Marktes wird zu einem offenen Wettbewerb und zur erhöhten Nachfrage nach neuen und verbesserten Technologien sowie gesteigertem Fachwissen führen, aufgrund dessen die Wirtschaft durch eine höhere Wertschöpfung gekennzeichnet sein wird.

Regulierungsmaßnahme 10: Verbindliche statistische Berichterstattung

Die statistische Berichterstattung der Agrarproduzenten soll auf der Angemessenheit der gesammelten Daten und auf pragmatischen Ansätzen der Datenverwaltung basieren. Dafür sollte ein System der digitalen Berichterstattung erarbeitet werden, welches den Absichten des Katasterdienstes, des statistischen Dienstes und des Ministeriums genügt. Dies ermöglicht den Produzenten eine digitale Online-Berichterstattung, welche nicht mehrmals aufbereitet werden müsste. Außerdem kann zur Erhebung von spezifischen und detaillierten Informa-

tionen eine repräsentative Stichprobe der Produzenten gezogen werden, wonach die erreichten Produktionsmerkmale dann für alle Produzenten verallgemeinert werden könnten.

Anhang

Tabelle A.1: Ergebnisse der ersten Befragungsrunde

Fragen		Antworten																			
		Gesamtstichprobe	nach Region								nach Größe						nach Betriebspezialisierung				
			Südukraine	Westukraine	Zentralukraine		Nord- und Ostukraine		<1.000 ha	1.000 bis 5.000 ha		<5.000 ha		Pflanzenbau	Tierhaltung /Gemischtbetrieb						
		Die Vorschrift ist...	Die Vorschrift ist...								Die Vorschrift ist...						Die Vorschrift ist...				
		AS/Ä ¹	BB ²	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB	AS/Ä	BB
<i>in % von der Gesamtzahl der Befragten</i>																					
1	Verbindliche Registrierung von Pachtverträgen durch öffentliche Notare	34 ³	65	67	33	35	62	29	71	19	77	50	47	15	85	23	77	35	64	32	66
2	Kontrolle der Bodenökologie	38	57	54	33	19	81	38	58	39	55	37	55	40	57	37	60	36	59	43	49
3	Verbindliche Koordination und Genehmigungen für die Beförderung von großen Verkehrsmitteln	36	27	23	18	46	22	39	27	35	37	35	19	47	30	29	39	35	27	43	28
4	Tägliche ärztliche Mitarbeiteruntersuchung	47	46	31	54	46	51	49	44	55	40	43	49	51	45	52	40	50	43	36	57

5	Begrenzung der wöchentlichen Arbeitszeit	30	53	13	49	35	49	34	48	32	66	23	52	47	51	27	58	28	52	36	60
6	Quarantänekontrollen von bestellten Feldern	34	36	26	44	41	27	39	31	27	45	31	30	40	38	34	47	34	36	34	36
7	Brandschutzvorschriften	14	80	13	74	5	95	18	75	16	82	23	70	6	92	6	87	13	81	19	79
8	Kontrolle der Tierbestandsgröße	4	13	3	13	3	16	4	18	5	6	6	11	2	25	0	8	1	3	13	53
9	Regulierung der Lebensmittelpreise	49	29	62	31	24	35	53	25	50	31	44	27	55	32	52	31	47	28	55	32
Verbindliche statistische Berichterstattung an...																					
10	SDSU ⁴	49	36	41	26	59	30	48	35	48	48	39	38	43	47	71	24	49	35	49	40
11	MAPE ⁴	48	41	41	26	65	35	41	48	52	45	46	38	38	53	60	37	48	40	49	45
12	SDK ⁴	42	37	31	28	54	35	40	36	45	44	37	31	36	55	56	32	43	35	38	45

¹ AS/Ä bedeutet "die Vorschrift ist abzuschaffen/zu ändern"

² BB bedeutet "die Vorschrift ist beizubehalten"

³ Die Summe der Anteile an positiven und negativen Antworten ergibt nicht stets 100, da Regulierungsmaßnahmen auch neutral bewertet worden sein konnten.

⁴ SDSU – Staatlicher Dienst für Statistik der Ukraine, MAPE – Ministerium für Agrarpolitik und Ernährung der Ukraine, SDK – Staatlicher Dienst für Geodäsie, Kartographie und Kataster der Ukraine

Quelle: APD